



Niederschrift

16-007. Sitzung des Haupt-, Finanz- und Personalausschusses

am Freitag, 20.10.2006, 08:05 Uhr bis 10:55 Uhr,
im Sitzungssaal "Bergstraße" (Raum 3019) des Landratsamtes (Neubau) in
Heppenheim, Graben 15)

Tagesordnung

- | | |
|-------------|--|
| Punkt 1 | Sale and lease back |
| Punkt 1.1 | Sale-and-lease-back
Vorlage: 16-0256 |
| Punkt 1.2 | "sale and lease back" Transaktion, Tranche II
Vorlage: 16-0294 |
| Punkt 2 | Stellungnahme des Ausschusses zum Entwurf des Nachtrages
zur Haushaltssatzung und zum Haushaltsplan 2006
Vorlage: 16-0208/1 |
| Punkt 3 | Stellungnahme des Ausschusses zu den Entwürfen |
| Punkt 3.1 | Investitionsprogramm des Kreises Bergstraße für den Pla-
nungszeitraum 2006 bis 2010
Vorlage: 16-0209 |
| Punkt 3.2.1 | Haushaltsplan des Kreises Bergstraße 2007
Vorlage: 16-0211/1 |
| Punkt 3.2.2 | Änderungsanträge der SPD-Kreistagsfraktion vom 18. Oktober
2006 an den Haupt-, Finanz- und Personalausschuss zum
Haushaltsplan 2007: a) Schülerbeförderungskosten und
b) Kinderbetreuungskosten
Vorlage: 16-0326 |
| Punkt 3.2.3 | Änderungsantrag von Kreistagsabgeordneten Eberhard Petri
vom 19. Oktober 2006 an den Kreistag und den Haupt-, Fi-
nanz- und Personalausschuss zum Haushaltsplan 2007
Vorlage: 16-0211/2 |
| Punkt 3.3 | Haushaltskonsolidierungskonzept 2008 bis 2010
Vorlage: 16-0292 |
| Punkt 4 | Entwurf des Stellenplanes für das Haushaltsjahr 2007
Vorlage: 16-0293 |

- Punkt 5 Geschäftsordnung des Kreistages, hier: Änderung bzw. Neufassung
Vorlage: 16-0312
- Punkt 6 Anzeigepflicht der Mitglieder kommunaler Organe gemäß § 26 a HGO i.V.m. § 18 Abs. 1 HKO und § 8 der Geschäftsordnung für den Kreistag des Kreises Bergstraße, hier: Unterrichtung des Haupt-, Finanz- und Personalausschusses
Vorlage: 16-0289
- Punkt 7 Veräußerung der kreiseigenen Liegenschaft Darmstädter Straße 269 in Bensheim-Auerbach
Vorlage: 16-0302
- Punkt 8 Verschiedenes, Anfragen und Mitteilungen

Anwesende:

Vorsitzender:

Schneider, Gottfried CDU

Ausschussmitglieder:

Jöst, Günther	CDU	in Vertretung für Gisela Metzger
Kunkel, Joachim	CDU	
Roeder, Oliver	CDU	
Dr. Vonderheid, Ulrich.	CDU	
Fiedler, Josef	SPD	
Hapke, Ellen	SPD	in Vertretung für Gerhard Herbert
Hechler, Katrin	SPD	in Vertretung für Karin Hartmann
Schmitt, Norbert	SPD	in Vertretung für Jürgen Kaltwasser
Ruoff, Jochen	GRÜNE	
Berbner, Ingrid	FWG	
Kramer, Benjamin	FDP	in Vertretung für Roland von Hunnius

Kreisausschuss:

Lehberg, Jürgen, EKB	CDU
Ohl, Gottlieb, KB	FDP

Verwaltung:

Goliasch, Gerhard	Finanz- und Rechnungswesen
Juch, Andreas	Finanz- und Rechnungswesen
Medert, Martin	Finanz- und Rechnungswesen
Wieland, Thomas	Steuerungsunterstützung und Büro Dez. L
Deveci, Sarah	Auszubildende

Gäste:

Dr. Kilian, Winfried, Rechtsanwalt und Notar	zu TOP 1
Reibold, Hans-Jürgen, Steuerberater	zu TOP 1

Schriftführer:

Fasser, Helmut Kreistagsbüro und Büro des Kreisausschusses

Der Ausschussvorsitzende eröffnete um 08:05 Uhr die 16-007. Sitzung des Haupt-, Finanz- und Personalausschusses, begrüßte die Erschienenen, und stellte die Beschlussfähigkeit des Ausschusses fest.

Der Landrat war wegen eines Trauerfalles entschuldigt.

Einwendungen gegen Ladung und Tagesordnung wurden nicht erhoben.

Man einigte sich auf eine heutige Sitzungsdauer bis spätestens 11.00 Uhr und eine Fortsetzung der Beratungen erforderlichenfalls am nächsten Freitag, 27.10.2006.

Hinsichtlich der öffentlichen oder nicht öffentlichen Beratung der Veräußerung der kreiseigenen Liegenschaft Darmstädter Str. 269 in Bensheim-Auerbach gab es keine Einwände gegen eine nicht öffentliche Beratung, weil Dinge zur Sprache kommen könnten, die einen gewissen Persönlichkeitsschutz genießen.

Sodann wurde in die Beratung der Tagesordnung eingetreten.

Tagesordnung

Punkt 1: **Sale and lease back**

Punkt 1.1: **Sale-and-lease-back**
Vorlage: 16-0256

Der Ausschuss hat von der Vorlage 16-0256 Kenntnis genommen.

Punkt 1.2: **"sale and lease back" Transaktion, Tranche II**
Vorlage: 16-0294

Es wurde eine neue Anlage zur Verwaltungsvorlage verteilt. Im Portfolio für die Tranche II der weiteren Sale and lease back Transaktion wurde aus innerstädtischen Gründen auf Wunsch der Stadt (Stadtentwicklung) die Schillerschule gegen die Goetheschule in Lampertheim getauscht.

Fragen von Abgeordnetem Schmitt vor gleichem Hintergrund bezüglich der Konrad-Adenauer-Schule in Heppenheim und bezüglich Überlegungen um eine eventuelle Rückübertragung der Schulträgerschaft für Grundschulen auf die Städte und Gemeinden soll nachgegangen werden (bezüglich der KAS Heppenheim erfolgte bereits eine Klärung während der Sitzung).

Beschluss:

Der Haupt-, Finanz- und Personalausschuss empfiehlt dem Kreistag folgende Beschlussfassung:

"Der Kreistag stimmt den Ausführungen in der Vorlage 16-0294 ausdrücklich zu und beschließt

- unter dem Vorbehalt der Genehmigung aller Verträge durch das Regierungspräsidium Darmstadt, soweit eine Genehmigungspflicht besteht,
- unter dem Vorbehalt der Zustimmung des Staatlichen Schulamtes für den Landkreis Bergstraße und den Odenwaldkreis für die vorgesehene Verfügung über die Schulzwecke dienenden Grundstücke nach § 158 Abs. 3 des Hessischen Schulgesetzes,
- unter dem Vorbehalt eines Mindestbarwertvorteils von 1.500.000,00 EUR,

eine Ausschreibungsbekanntmachung durchzuführen, einen oder mehrere geeignete Vertragspartner, unter Einbeziehung der externen Berater, auszuwählen und zu beauftragen, die rechtsverbindlichen Vereinbarungen mit den Vertragspartnern und den an der Durchführung beteiligten Gesellschaften zu schließen und beurkundungspflichtige Teile notariell beurkunden zu lassen.

Der Beschluss umfasst insbesondere:

1. Die Beauftragung von externen Beratern in vertragsrechtlichen und steuerlichen Belangen mit einem Beratungsmandat. Die Beratungskosten sind auf den Vertragspartner überzuwälzen.
2. Die Haftsummen der externen Berater für fahrlässig verursachte Schäden im Rahmen des Beratungsmandates sollen mindestens auf je 1.000.000,00 EUR festgelegt werden.
3. Die Durchführung einer Ausschreibungsbekanntmachung in der Hessischen Ausschreibungsdatenbank, unter Beachtung der Erkenntnisse aus der ersten Transaktion.
4. Die Auswahl und Beauftragung eines oder mehrerer geeigneter Vertragspartner unter Einbeziehung des Votums der externen Berater des Kreises Bergstraße.
5. Die Übernahme des Kommanditanteils durch den Kreis Bergstraße an einer Objektgesellschaft als alleiniger Kommanditist mit einer Hafteinlage von 10.000,00 EUR.
6. Die Bestellung von Erbbaurechten an den in Anlage 1 aufgeführten Grundstücken des Kreises nebst aufstehenden Gebäuden zum Kaufpreis von maximal 150 Mio. EUR zu Gunsten der Objektgesellschaft, sowie die eventuell notwendige Bestellung von Grundpfandrechten an den Erbbaurechten für die Refinanzierung der Kaufpreiszahlung bis zu einem Betrag von 150 Mio. EUR.
7. Den Abschluss eines Immobilien-Leasing-Vertrags mit der Objektgesellschaft, der alle in die Transaktion eingebrachten Grundstücke und Gebäude umfasst. Die Leasingraten müssen durch die Kapitalanlage sowie deren Erträge erbracht werden.
8. Falls erforderlich, die Verpfändung des aus der Transaktion, um den Barwert verminderten Teil, angelegten Kapitals zur Sicherstellung der Zahlungsverpflichtungen.

9. Den Abschluss eines Ankaufsrechtsvertrags, der einen Ankauf der Erbbaurechte nach Ablauf von 12 Jahren (Stichtag ist der Mietbeginn) zu einem vorher festgelegten Kaufpreis ermöglicht, sowie alternativ anstelle des Ankaufsrechts, das Recht, zur Übernahme der Gesellschaftsanteile der Gesellschafter der Komplementär GmbH zum Nennwert der eingezahlten Kapitalanteile für einen Betrag, der höchstens dem zu diesem Zeitpunkt geltenden gesetzlichen Mindestbetrag entspricht.
10. Den Abschluss eines Andienungsrechtsvertrags, der es der Objektgesellschaft ermöglicht die Erbbaurechte nach Ablauf von 18 Jahren (Stichtag ist der Mietbeginn) zu einem vorher festgelegten Preis anzudienen.
11. Wenn die Objektgesellschaft dem Kreis im 18. Jahr angezeigt hat, dem Kreis die Erbbaurechte anzudienen, erhält der Kreis Bergstraße anstelle des Erwerbs der Erbbaurechte alternativ die Möglichkeit, zur Übernahme der Gesellschaftsanteile der Gesellschafter der Komplementär GmbH zum Nennwert der eingezahlten Kapitalanteile für einen Betrag, der höchstens dem zu diesem Zeitpunkt geltenden gesetzlichen Mindestbetrag entspricht.
12. Den Auftrag eine geeignete Gesellschaft, vorzugsweise eine Bank, im Rahmen eines Geschäftsbesorgungsvertrags damit zu beauftragen, die für die Transaktion erforderlichen Kapitalanlagen zu arrangieren.

Die Kapitalanlage muss nach den Anlagegrundsätzen des Hessischen Ministeriums des Inneren und für Sport vom 21.03.2003 erfolgen.

Das Kapital der Geldanlage sowie die Erträge aus der Geldanlage müssen - in Fristigkeit und Höhe - sowohl die laufenden Leasingraten als auch den Kaufpreis am Ende der ersten Mietperiode abdecken. Hierzu sind die notwendigen Depot- und Kontenverträge mit der die Kapitalanlage tätigen Gesellschaft oder Bank zu schließen.

13. Die Gesellschaft oder Bank hat zu prüfen und zu bestätigen, dass durch die Geldanlage sowohl die Leasingrate als auch der Ankaufspreis am Ende der ersten Mietperiode nachhaltig gedeckt werden.
14. Alle vertraglichen Vereinbarungen, die zum Ausschluss oder zur Absicherung von Risiken sowie zur Durchführung der Gesamttransaktion notwendig sind, soweit diese von den externen Beratern des Kreises für erforderlich gehalten werden.
15. Als Pauschale für den Kreis Bergstraße, bei nicht zu Stande kommen der Transaktion im vereinbarten Zeitraum, sollen 50.000,00 EUR als Entschädigung, die an den Kreis Bergstraße zu entrichten ist, mit dem Vertragspartner vereinbart werden, ebenso die Übernahme sämtlicher Kosten der externen Berater und eventuelle Kosten im Zusammenhang mit der Beurkundung.
16. Nach der Beurkundung und dem gesamten Abschluss der Transaktion ist neben der Betriebskommission Gebäudewirtschaft auch der Kreistag in Kenntnis zu setzen.

Abstimmungsergebnis:

8 Ja-Stimmen, 4 Nein-Stimmen.

**Punkt 2: **Stellungnahme des Ausschusses zum Entwurf des Nachtrages zur Haushaltssatzung und zum Haushaltsplan 2006
Vorlage: 16-0208/1****

Es wurde eine "weiße" Änderungsliste verteilt mit Änderungen, die sich nach dem 18. September 2006 ergebend haben.

Man einigte sich, den Gesamtplan zur Beratung aufzurufen.

Angesprochen wurden die Personalkosten im Revisionsamt und die Erstattungen überörtlicher Träger bei Hilfen für Erziehung.

Beschluss:

Der Haupt-, Finanz- und Personalausschuss empfiehlt dem Kreistag, folgenden Beschluss zu fassen:

"Der Kreistag stimmt den vom Kreisausschuss festgestellten Entwürfen der Nachtragssatzung zur Haushaltssatzung und des Nachtragshaushaltsplanes zum Haushaltsplan für das Haushaltsjahr 2006 unter Berücksichtigung der heute vorgetragenen Änderungen und Ergänzungen zu und erlässt gemäß § 30 Ziffer 6 in Verbindung mit § 52 Absatz 1 HKO und § 97 HGO die Nachtragssatzung für das Haushaltsjahr 2006 entsprechend dem Entwurf vom 30. Oktober 2006."

Abstimmungsergebnis:

7 Ja-Stimmen, 5 Nein-Stimmen.

Punkt 3: **Stellungnahme des Ausschusses zu den Entwürfen des des Investitionsprogramms 2005 bis 2010 und des Haushalts 2007**

Erster Kreisbeigeordneter Lehmburg berichtete von den Bemühungen, die Einnahmesituation des Kreises zu verbessern, aber auch darum, im Interesse der Städte und Gemeinden und deren Planungssicherheit möglichst frühzeitig den Haushaltsplan 2007 zu verabschieden.

Nach intensiven Kontakten zur Landesregierung (und nach Druckausübung des HLT und der Kommunen) könne mit hinreichender Sicherheit davon ausgegangen werden, dass für 2007 von Seiten des Landes keine Forderung auf Erhöhung der Kreisumlage erhoben werde. Infolge der Erhöhung der Ansetzung der Bemessungsgrundlage für die Kreisumlage von 95% auf 100% und infolge der gestiegenen Umlagegrundlagen als solche sei eine erhebliche Mehreinnahme an Kreisumlage zu verzeichnen, die allerdings unter dem Strich eine Wenigereinnahme und damit Vergrößerung des Fehlbedarfs gegenüber der Situation bei erhöhtem Umlagesatz (vom Kreisausschuss festgestellter Entwurf) darstelle. Der Kreis bleibe damit seinem Grundsatz treu, das "Geld da zu belassen, wo es am ehesten und direkt gebraucht werde".

Die Schulumlage solle um 0,75 % angehoben werden, worauf auf Grund der vorgeschriebenen Kostendeckung und der Anforderungen des Schulentwicklungsplanes nicht verzicht-

tet werden könne. Die geplante Erhöhung der Kreisumlage um 1,75 % sei aber zunächst vom Tisch, was eine "Ersparnis" für die Kommungen vom rd. 3.650 T€ entspreche. Auch der letztjährige Haushaltserlass des Landes solle vor diesem Hintergrund überdacht und gegebenenfalls geändert werden.

Vorsitzender Schneider erinnerte an die parallelen massiven Proteste auf der Mitgliederversammlung des Hessischen Städte- und Gemeindebundes, wo Innenminister und Finanzminister die Meinung geäußert hätten, dass die Kommunalaufsichtsbehörden für das nächste Jahr darauf verzichten sollten, noch zusätzliche Umlageerhöhungen zu fordern. Der Protest habe sich in einer Versammlung der Bürgermeister im Kreis fortgesetzt, bei der auch seitens des Hessischen Städte- und Gemeindebundes und des Hessischen Landkreistages Unterstützung signalisiert worden sei.

Abgeordneter Fiedler unterstrich den Verdienst der Bürgermeister in Hessen in Bezug auf die Festsetzungen der Umlagen. Trotz Erhöhung der Einnahmen aus der Kreisumlagen infolge der Verbesserung der Umlagegrundlagen bleibe eine Mindereinnahme auf Grund weiter steigender Ausgaben von 1. Mio. € Weiter kritisierte er das Vorgehen der ministerialen Ebene in Bezug auf die Veränderung der Berechnungsgrundlagen, ohne die Betroffenen vorher darüber zu informieren.

Die Finanzausstattung der unterschiedlichen Ebenen im Staatsaufbau war Gegenstand weiterer grundsätzlicher Meinungsäußerungen. Ferner die unterschiedlichen Meinungen und Betrachtungen zu Bereichen wie Entgegenwirken der Unterfinanzierung der Kreise in Hessen, Nutzung des Instruments der globalen Minderausgaben im Rahmen der Experimentierklausel, Auswirkungen von Hartz IV durch Mehrbelastungen des Kreises.

Punkt 3.1: **Entwurf des Investitionsprogramms des Kreises Bergstraße für den Planungszeitraum 2006 bis 2010**
Vorlage: 16-0209

Beschluss:

Der Haupt-, Finanz- und Personalausschuss unterbreitet dem Kreistag folgenden Beschlussvorschlag:

"Der Kreistag beschließt das der Vorlage 16-0209 beiliegende Investitionsprogramm des Kreises Bergstraße für den Planungszeitraum von 2007 - 2010.2

Abstimmungsergebnis:

6 Ja-Stimmen, 4 Nein-Stimmen, 1 Stimmenthaltung.

Punkt 3.2.1: **Entwurf des Haushaltsplanes des Kreises Bergstraße 2007**
Vorlage: 16-0211/1

Zu Beginn der Beratungen wurde eine "weiße" Änderungsliste mit Änderungen verteilt, die sich nach 18. September 2006 ergeben hatten.

Grundsätzliche Ausführungen hatte der Finanzdezernent bereits zu Beginn des Haushaltskomplexes der Tagesordnung gemacht.

Während der Beratungen wurden zahlreiche Fragen aus der Mitte des Ausschusses zu einzelnen Abschnitten, Unterabschnitten und Einzelansätzen gestellt und vom Finanzdezernenten und den Vertretern der Verwaltung beantwortet, wie Medienausstattung der Schulen, "Globale Minderausgaben", Belastungen des Kreises aus Hartz IV, Unterstützung des SEBZ in Heppenheim (die GRÜNE-Fraktion kündigte einen Antrag auf Erhöhung des Förderbeitrages des Kreises an - der Vorsitzende thematisierte das notwendige Engagement der Kommunen; das Thema sollte einmal auf einer Bürgermeister-Dienstversammlung angesprochen werden), Zuschüsse an Pro Familia, Organisationsuntersuchung im Sozialamt (inzwischen wegen Veränderungen nicht mehr vorgesehen), Umfang und personelle Ausstattung der Lebensmittelkontrollen im Kreis vor dem Hintergrund der bundesweiten "Gammelfleisch"-Skandale, Ansätze für Anschaffung und Ausbau der EDV in der Verwaltung.

Eine schriftliche Anfrage von Abgeordnetem Fiedler zum Finanzstatus (den Schulden) des Kreises wurde von der Verwaltung schriftlich beantwortet. Herr Fiedler will zu gegebener Zeit auf die besorgniserregende Entwicklung zurückkommen.

Beschluss:

Der Haupt-, Finanz- und Personalausschuss empfiehlt dem Kreistag, folgenden Beschluss zu fassen:

"Der Kreistag stimmt den vom Kreisausschuss festgestellten Entwürfen der Haushaltssatzung und des Haushaltsplanes für das Haushaltsjahr 2007 unter Berücksichtigung der heute vorgetragenen Änderungen und Ergänzungen zu und erlässt gemäß § 30 Ziffer 6 in Verbindung mit § 52 Absatz 1 HKO und § 97 HGO die Haushaltssatzung für das Haushaltsjahr 2007 entsprechend dem Entwurf vom 30. Oktober 2006."

Abstimmungsergebnis:

6 Ja-Stimmen, 4 Nein-Stimmen

Punkt 3.2.2: **Änderungsanträge der SPD-Kreistagsfraktion vom 18. Oktober 2006 an den Haupt-, Finanz- und Personalausschuss zum Haushaltsplan 2007 - a) Schülerbeförderungskosten und b) Kinderbetreuungskosten**
Vorlage: 16-0326

Es lagen schriftlicher Änderungsanträge der SPD-Fraktion vor:

a) zum Thema "Keine Schülerbeförderungskosten" (Streichung der Elternbeteiligung): "Die Haushaltsstelle 290.6390 wird um den Ansatz von 825.000 Euro erhöht."

Der Antrag wurde mit Stimmenmehrheit abgelehnt.

Abstimmung: 4 Ja-Stimmen, 8 Nein-Stimmen

Es soll aber noch einmal bis zur nächsten Sitzung mitgeteilt werden, wie die Einnahmen von 825 T€ aus der Elternbeteiligung "zusätzlich" im Rahmen der Ganztagsbetreuung eingesetzt werden. (Am 27. Oktober gab der Landrat nähere Erläuterungen dazu).

In den Heranziehungsbescheiden an die Eltern sollten auch konkrete Beträge und nicht nur Prozentsätze für eine Einziehungsermächtigung genannt werden (Anregung Abgeordneter Ruoff), um unnötige Verunsicherungen zu vermeiden. (Am 27. Oktober gab der Landrat nähere Erläuterungen hierzu).

Die Streichung der Elternbeteiligung würde eine Erhöhung der Schulumlage um 0,41 % erfordern.

- b) zum Thema "Start einer Bergsträßer Betreuungsinitiative für Kinder unter 3 Jahren":
1. Haushaltsstelle 454.770 - Förderung von Kindern in Tageseinrichtungen: Reduktion des Haushaltsansatzes um 300.000 Euro.
 2. Es wird eine neue Haushaltsstelle eingerichtet in Höhe von 300.000 Euro mit dem Titel 'Bergsträßer Betreuungsinitiative für Kinder unter 3 Jahren'."

Abgeordnete Hechler begründete und erläuterte den Antrag.

Die Ansätze wurden im beantragten Sinne **nicht geändert**, die Einzelentscheidung zurückgestellt, bis Ausführungsbestimmungen zum Tagesbetreuungsausbaugesetz vorliegen.

Abstimmung: Einstimmig bei 1 Stimmenthaltung

Punkt 3.2.3: **Änderungsantrag von Kreistagsabgeordneten Eberhard Petri vom 19. Oktober 2006 an den Kreistag und den Haupt-, Finanz- und Personalausschuss zum Haushaltsplan 2007**
Vorlage: 16-0211/2

Der schriftliche Antrag des Abgeordneten Petri (SPD) - (inhaltlich gleich mit dem "Wunsch" aus dem Ausschuss für Regionalpolitik und Infrastruktur, über den der HFPA abstimmen soll) wurde **abgelehnt**:

"Die "0"-Stellung im Haushaltsplanentwurf sollte bei nachstehenden Haushaltsstellen aufgehoben, die alten Ansätze wieder eingesetzt und mit einem Sperrvermerk versehen werden:

790.6613 Werbegemeinschaft Bergstraße, Bensheim
Mitgliedsbeitrag

790.6614 Tourist Service Odenwald-Bergstraße e.V.
Beitrag

790.717 Tourist Service Odenwald-Bergstraße e.V.
Zuschuss für die Geschäftsführung."

Abstimmung: 5 Ja-Stimmen, 6 Nein-Stimmen.

In der intensiven Auseinandersetzung wurden die unterschiedlichen Auffassungen deutlich. Von der vom Landrat und der Mehrheit favorisierten Vorgehensweise - Umschichtung von Mitteln vor den für November angestrebten "Einigungs"-Gesprächen usw. - befürchtete man seitens der Antragsteller negative Auswirkungen auf diese Gespräche und auch auf die Zukunft des Geoparks.

Seitens der Koalition wurde u. a. auf die auf eine Bündelung der Tourismusförderung und -mittel gerichtete Beschlusslage des Kreistages verwiesen.

Das Thema Tourismusförderung soll im Ausschuss wieder thematisiert werden, wenn aus der Arbeitsgemeinschaft der Bürgermeister Ergebnisse vorliegen.

Abstimmung: Einstimmig

Punkt 3.3: **Haushaltskonsolidierungskonzept 2008 bis 2010**
Vorlage: 16-0292

Der Punkt wurde bis zur nächsten Sitzung am 27. Oktober 2006 zurückgestellt.

Punkt 4: **Entwurf des Stellenplanes für das Haushaltsjahr 2007**
Vorlage: 16-0293

Der Punkt wurde bis zur nächsten Sitzung am 27. Oktober 2006 zurückgestellt.

Punkt 5: **Geschäftsordnung des Kreistages, hier: Änderung bzw.**
Neufassung
Vorlage: 16-0312

Der Punkt wurde bis zur nächsten Sitzung am 27. Oktober 2006 zurückgestellt.

Punkt 6: **Anzeigepflicht der Mitglieder kommunaler Organe gemäß**
§ 26 a HGO i.V.m. § 18 Abs. 1 HKO und § 8 der Geschäfts-
ordnung für den Kreistag des Kreises Bergstraße, hier:
Unterrichtung des Haupt-, Finanz- und Personalausschus-
ses
Vorlage: 16-0289

Der Punkt wurde bis zur nächsten Sitzung am 27. Oktober 2006 zurückgestellt.

**Punkt 7: Veräußerung der kreiseigenen Liegenschaft Darmstädter
Str. 269 in Bensheim -Auerbach
Vorlage: 16-0302**

Der Punkt wurde bis zur nächsten Sitzung am 27. Oktober 2006 zurückgestellt.

Punkt 8: Verschiedenes, Anfragen und Mitteilungen

Die nächste Sitzung wurde für Freitag, 27. Oktober 2006, festgelegt.

Die Sitzung wurde um 10:55 Uhr durch den Vorsitzenden geschlossen.

Unterzeichnung der Niederschrift:

Vorsitzender:
gez. Schneider

Schriftführer:
gez. Fasser